

10. April 2026

Das Naín-Retamal-Gesetz: seit drei Jahren zwischen Verteidigung und Straflosigkeit

Heute, am 10. April, jährt sich zum dritten Mal die Veröffentlichung im Diario Oficial [AdÜ.: Amtsblatt der chilenischen Regierung] des Gesetzes „Naín Retamal“. Ziel dieses Gesetzes war ursprünglich, „ die Carabineros (chilenische Polizei) zu schützen“. Dies schwächte jedoch letztendlich die Rechte der Opfer von Polizeigewalt, was zu einem ernststen Problem für das Land geführt hat.

Durch dieses Gesetz wurde der Rechtsbegriff der sogenannten privilegierten Selbstverteidigung eingeführt. Vereinfacht gesagt: wenn ein Polizeibeamter unter bestimmten Umständen tödliche Gewalt anwendet, unterstellt man laut Gesetz, dass sein Verhalten korrekt war. **Das Problem besteht in der Frage, wer die Beweislast trägt. Nicht mehr der Beamte ist derjenige, der sich für seine Tat rechtfertigen muss. Vielmehr müssen die Staatsanwaltschaft und das Opfer - beziehungsweise im Falle von Tötung die Familienangehörigen - beweisen, dass der Schuss nicht gerechtfertigt war. Dabei handelt es sich nicht nur um ein fachliches Detail. Es geht um eine tiefgreifende Veränderung in der Logik des Strafrechtssystems.**

Sowohl die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte als auch wir von Amnesty International haben vor der Verabschiedung des Gesetzes auf die Problematik aufmerksam gemacht: eine ungenaue Formulierung, die der subjektiven Interpretation des an dem Vorfall beteiligten Beamten den Vorrang gibt. **Mit anderen Worten: der Polizist kann sich auf seine eigene Einschätzung der Gefahr berufen, um den Einsatz tödlicher Gewalt zu rechtfertigen, und es obliegt der anderen Seite, das Gegenteil zu beweisen.**

Die Situation ist alarmierend. Jüngste Analysen, die von unserem Team durchgeführt wurden, haben ergeben, dass die Gerichte im Allgemeinen die rückwirkende Anwendung der „privilegierten Selbstverteidigung“ zugelassen haben, wie sich im Zusammenhang mit Vorfällen während des „Estallido Social“ zeigt. In der schwersten Menschenrechtskrise, die unser Land zu Zeiten der Demokratie erlebt hat, wurde damit Straflosigkeit festgeschrieben. Die von uns analysierten Urteile haben darüber hinaus gezeigt, dass die Gerichte unterschiedliche Kriterien festgelegt haben. Manche fordern, dass eine konkrete und direkte Aggression des Opfers nachgewiesen werden muss, bevor man zu der Annahme [AdÜ: der Selbstverteidigung] kommt, andere dagegen halten es für ausreichend, dass es in der Umgebung einen „Kontext der Gewalt“ gab, auch wenn diese nicht ursprünglich von dem Getöteten oder Verletzten ausging. Diese Diskrepanz ist nicht nebensächlich. Es wird deutlich, dass die Rechtsnorm keine klaren und einheitlichen Regeln für die Richterinnen und Richter liefert.

Die Carabineros zu verteidigen und ihnen den Rücken zu stärken sind eine legitime und dringliche Aufgabe. Die Institution muss seit längerem mit Problemen in den Bereichen der Ausbildung, der Beamtenlaufbahn, der Spezialisierung und auch der Akzeptanz in

der Bevölkerung kämpfen – 43% der Bevölkerung geben immer noch an, wenig oder kein Vertrauen in die Polizei zu haben. **Aber diese Verteidigung darf nicht dazu führen, dass man Polizisten davor schützt, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ein Polizeisystem, das sich nicht für unrechtmäßige Handlungen verantworten muss, wird nicht gestärkt, sondern verliert an Legitimität.**

Der internationale Standard ist eindeutig: Bei Vorfällen, in denen ein Polizeibeamter unverhältnismäßige Gewalt anwendet, muss mindestens eine unmittelbare und unparteiische Untersuchung stattfinden. Und nicht eine Unschuldsvermutung, die die Beweislast auf die Opfer abwälzt.

Das Naín-Retamal-Gesetz basierte auf einer realistischen Einschätzung, die wir im Übrigen teilen, dass die Carabineros Rückhalt brauchen – führte aber zu einer falschen Lösung. Und wie immer tragen die Kosten diejenigen, die die geringsten Möglichkeiten haben, sich zu wehren. Das hat sogar Auswirkungen für die Institution selbst. Der unklare Rechtsrahmen, der das Ergebnis eines künstlich beschleunigten Verfahrens ist, gefährdet ihre Legitimität. **Es ist dringend erforderlich, das Gesetz zu überarbeiten, zum Wohle der Carabineros und zum Wohle aller Bürger.**

Ein klarer und solider Rechtsrahmen ist neben der Stärkung der polizeilichen Institutionen eine wesentliche Voraussetzung dafür, substanzielle Fortschritte im Bereich der Sicherheit zu erzielen. Aber es gibt noch einen anderen Faktor, den man nicht außer Acht lassen darf: Äußerungen und Vorgehensweisen, die eine Kultur der Gewalt fördern. Zu diesen zählt unter anderem die Normalisierung einer übermäßigen Gewaltanwendung, die Stigmatisierung von vulnerablen Gemeinschaften, die gesellschaftliche Toleranz gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt, die Verherrlichung von Personen, die mit Hassreden in Verbindung stehen und die Verbreitung von Stereotypen, die Armut kriminalisieren. Wenn wir wirkliche Fortschritte im Bereich der Sicherheit sehen wollen, muss sich die gesamte Kultur ändern. Dabei spielen die Bildung, die Kommunikationsmedien und die öffentliche Politik eine entscheidende Rolle.

Drei Jahre nach der Veröffentlichung des Naín-Retamal-Gesetzes wird erneut deutlich, dass nur durch tiefgreifende und umfassende Veränderungen eine Kultur geschaffen werden kann, in der die Menschenrechte geachtet werden – als Grundvoraussetzung für einen wirksamen Sicherheitsansatz.

Von Rodrigo Bustos Bottai, Direktor von Amnesty International Chile und Viviana Cáceres D., Leiterin der Abteilung Recherche und Öffentlichkeitsarbeit von Amnesty International Chile.

Erstmals veröffentlicht in La Tercera.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe – verbindlich ist das Original:
<https://amnistia.cl/ley-nain-retamal-tres-anos-confundiendo-defensa-con-blindaje/>